
Die Großregion zwischen Bürgerorientierung und Effizienzoptimierung

Grenzüberschreitende Regionalpolitik im Wandel

Wolfgang H. Lorig, Sascha Regolot und Stefan Henn

1 Einführung

In Zeiten zunehmend fragiler werdender Legitimitätszuschreibungen¹ und einem ausgeprägten Begründungsbedarf ordnungspolitischer Strukturen fragen Wissenschaft, kritische Öffentlichkeit und Politik mit guten Gründen auch nach den institutionellen Anpassungsstrategien der Europäischen Union (EU) an die angedeuteten neuen Rahmenbedingungen². Da die sozio-kulturellen und politischen Bedingungsfaktoren politischer Legitimation und vice versa institutionelle Korrektive zur Vermeidung von Legitimationskrisen politischer Herrschaft zu den klassischen Erkenntnisinteressen einer Politischen Systemforschung gehören, erfordert eine solide Bearbeitung entsprechender Fragestellungen einen Rekurs auf ein breites Spektrum wissenschaftlicher Theorieansätze.³

1 Zu empirischen Befunden zur Kluft zwischen Bürgern und Eliten in Europa siehe Haller (2009), S. 44ff., sowie Szyzko (2012), S. 11ff.: „Solange die europäische Integration (...) ein Projekt der Eliten bleibt, von Institutionen und Akteuren getragen, aber von den Bürgern nicht hinreichend wahrgenommen und als legitime Autorität anerkannt wird, bleibt sie gleichsam seelenlos und in ihrer Identität gefährdet.“

2 Vgl. Degen (2014), S. 76f.

3 Trenz (2006), S. 373f.: „Mit der Aufweichung des permissiven Konsens geraten zunehmend auch Effizienz- und Problemlösungsfähigkeit des europäischen Regierens in Abhängigkeit von den sozialen Voraussetzungen für die Legitimation der institutionellen Herrschaftsordnung sui generis. Der Integrationsprozess kann dann über eine perspektivische Verengung auf Probleme der politischen Steuerung nur noch unzureichend beschrieben werden. Vielmehr ist die Politikwissenschaft aufgefordert, sich von der ‚governance‘-Problematik des Regierens zu lösen und einer erweiterten Perspektive des ‚government‘ und den Fragen nach der *gesellschaftlichen* Durchsetzungsfähigkeit und Legitimität von Herrschaft zuzuwenden.“

Mit Blick auf den europäischen Integrationsprozess scheint für die Erschließung zusätzlicher Legitimationsreserven ein nicht unerheblicher Handlungsbedarf zu bestehen, insoweit der Status Quo durch beachtliche Ambivalenzen gekennzeichnet ist: Während der kriseninduzierte Handlungsdruck seit 2008 in zentralen Politikfeldern der Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik gleichsam als „Integrationsbeschleuniger“ wirkte und den nationalstaatlichen Kompetenztransfer auf die supranationale Ebene vorangetrieben hat, bleibt die für demokratische Ordnungen wesentliche komplementäre Rückbindung des forcierten Einigungsprozesses an die Präferenzartikulationen der EU-Bevölkerung demgegenüber deutlich zurück. Jenseits des elektoralen Mechanismus zur Bestellung der Repräsentanten des – gemessen an den nationalstaatlichen Kompetenzzuschnitten – zuständigkeitsarmen Europäischen Parlaments⁴ sowie der inzwischen europavertraglich kodifizierten Konsultationsstandards und Mitwirkungsoptionen für Akteure der organisierten Zivilgesellschaft⁵ existieren bislang keine effektiven Transmissionsriemen zur unmittelbaren Anbindung des europäischen Politikgeschehens an die Bürgerschaften.

Als Konsequenz

„sind die Entscheidungsverfahren weniger durch einen Prozess der politischen Auseinandersetzung oder öffentlichen Debatte gekennzeichnet, sondern folgen vielmehr einer technokratischen und bürokratischen Logik, die unter Effizienzkriterien operiert. Damit sind die Entscheidungen auch nicht in einem demokratischen Sinne legitimiert, (...) sondern vielmehr aus der funktionalen Vorteilhaftigkeit der Europäischen Integration heraus“⁶.

Die angedeuteten Akzeptanz- und Legitimationsdefizite bilden die Kulisse für eine Neuakzentuierung und Reformulierung diverser europäischer Policy-Konzepte im Sinne einer als notwendig erachteten Stärkung europäischer Bindungskräfte und Zusammengehörigkeitsgefühle. Dabei sollen Potentiale zur Herausbildung genuin europäischer Identitätsbezüge⁷ erschlossen werden, um die vorhandenen nationalen, regionalen und lokalen Zuordnungen zwar nicht zu substituieren, wohl aber gleichrangig durch ein europäisches Zugehörigkeitsgefühl zu ergänzen. Perspektivisch sollen auf diesem Wege affirmative Konnotationen mit Europa als

4 Vgl. Degen (2014), S. 78ff.

5 Vgl. Kohler-Koch (2011), S. 7; Kohler-Koch (2011a), S. 20ff., Trenz (2006), S. 375.

6 Müller (2014), S. 12.

7 Unter Identitäten werden „Entwürfe des Selbst verstanden, die sich auf unterschiedliche inhaltliche Dimensionen beziehen (z. B. auf räumliche Maßstabebenen oder soziale Gruppen), die in alltagskulturellen Praktiken und Diskursen manifest werden und in ihrer Kontextabhängigkeit veränderbar sind“ (Wille (2013), S. 51). Siehe auch Mühler/Opp (2004), S. 15f.; Loth (2000), S. 30.

sozialer, kultureller und politischer Gemeinschaft im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung verankert und primär bis ausschließlich nationalstaatlich gefärbte Selbstwahrnehmungen sukzessive in eine paneuropäische Identitätskonstruktion transformiert werden.

Im Zuge dieser aktiven „Identitätspolitik“ scheinen Regionen als eine relevante territoriale Bezugsdimension an programmatischer Attraktivität gewonnen zu haben⁸:

„Regions can be considered as intermediary levels not only with respect to space but also with regard to temporal and social categories, (...also) as discursive, cross-cultural, complex and contingent top-down and bottom-up processes, interlinking spatial, temporal as well as social levels of scale. They are the outcome, as well as the process itself, of spatial institutionalization.“⁹

Regionen bilden somit „durch gesellschaftliche Konventionen oder politische Entscheidungen konstruierte Räume, deren Ausdehnung durch die erfüllten Funktionen bestimmt wird“¹⁰. Die angedeutete Intentionalität europäischer Regionalpolitik bzw. ihre konzeptionelle Einbindung in einen paneuropäisch orientierten identitäts- und demokratiepolitischen Referenzrahmen kann auf den ersten Blick irritieren. Doch dieser dezidiert kleinräumig angelegte Ansatz wird im Sinne transnationaler Gemeinschaftsstiftung von den Protagonisten eines „Europa der Regionen“¹¹ seit den 1980er Jahren¹² als ein strategisches Leitbild recht erfolgreich promotet.¹³ Dabei stellt sich inzwischen die Frage, ob und wie die seit den 1990er Jahren verstärkt vorangetriebene neoliberale Modernisierungs- und Effizienzpolitik

8 Vgl. Mayer-Tasch (2013), S. 155, der einen geradezu euphorischen Grundton anschlägt: „Regionalismus ist die – im Blick auf das Große und Ganze unserer sozial nivellierten, politisch nationalisierten und sich zunehmend internationalisierenden (Industrie-) Gesellschaften vollzogene – Rückwendung zum ethnisch, historisch, kulturell oder auch nur geographisch abgesteckten Revier. Regionalismus ist eine Tendenz, ein Programm, eine Hoffnung.“

9 Dörrenbächer (2006), S. 4.

10 Benz/Fürst (2003), S. 17.

11 Das „Europa der Regionen“ ist ein Projekt mit janusköpfiger Ausrichtung, das sowohl die Chancen einer großräumigen Kooperation als auch die Autonomie der Regionen forcieren möchte. Vgl. Mayer-Tasch (2013), S. 167.

12 Zur Strömung, die unter dem Stichwort des „Europäischen Regionalismus“ eine verstärkte Berücksichtigung der Interessen der europäischen Regionen einfordert, vgl. Schramek (2014), S. 43.

13 Vgl. von Wedel (2010), S. 389, wo von „neuen Formen europäischer Integration“ jenseits der „bisherigen, staatsgestützten Integrationsformen“ gesprochen wird.

die Leitbild-Diskurse zu den (grenzüberschreitenden) Regionalpolitiken beeinflusst hat, konkret also nach einer möglichen Verschiebung politischer Priorisierungen in der Großregion SaarLorLux.

2 Zur Regionalpolitik der Europäischen Union

Aus dem *mismatch* zunehmender Kompetenzerweiterung der europäischen Handlungsebene einerseits und der nur defizitär ausgeprägten demokratiekompatiblen Fortschreibung ihrer Institutionen und Funktionsweisen andererseits¹⁴ speist sich eine Dynamik, die die Klagen über Demokratiedefizite¹⁵ supranationaler Staatlichkeit beständig zunehmen lässt. Dabei ist diese Entwicklung an latente wie manifeste Europa-Aversionen anschlussfähig und dürfte nach der endgültigen Ablösung des „permissiven Konsensus“¹⁶ die Polarisierung zwischen Integrationsbefürwortern und –gegnern weiter vertiefen.

„Even if the citizenry of the EU polity is not fully aware of or interested in the way binding decisions about their way of life are taken, the systems and its institutions must be aware of the risk that the public attitude towards it can shift from some kind of permissive consensus or benevolent indifference to fundamental skepticism.“¹⁷

Vor diesem Hintergrund werden nachstehende Ausführungen auf die legitimationspolitische Dimension der europäischen Regionalpolitik fokussieren und dabei die

14 Vgl. Schuppert (2006), S. 20: „The Europeanization of public functions hence encourages the growth of bureaucracy rather than democracy, so that in many ways the EU embodies a bureaucratic, consociative State – and not a democratic consociation [...]“

15 Vgl. Demetriou (2013), S. 4. Ein Demokratiedefizit besteht „whenever there are obvious discrepancies between the principles and standards of democratic rule and institutional rules and political practices“.

16 Der „permissive Konsensus“ bezeichnet nach Trenz (2006), S. 377, eine lange wirksame, vor allem auf die negative Integration gerichtete „unhinterfragte Zustimmungsbereitschaft der Bevölkerung“. Nach Immerfall (2006), S. 115, reicht der „permissive Konsens“ heute „nicht einmal mehr für die ‚negative Integration‘ aus, die auf vollständige Herstellung des freien Binnenmarkts und Beseitigung jeglicher Handelsschranken und Wettbewerbshindernisse gerichtet ist.“

17 Maurer (2003), S. 168f. Dass Entfremdung und Unbehagen keine zu vernachlässigenden Randerscheinungen mehr darstellen, ist zuletzt mit den über Achtungserfolge deutlich hinausweisenden Zugewinnen europaskeptischer bis –feindlicher Parteiformationen bei der Europawahl vom 25.05.2014 deutlich geworden.

Förderkonstruktion zunächst einführend skizzieren, bevor im weiteren Gang der Argumentation Projekte grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Allgemeinen und in der Großregion im Speziellen zu erörtern sind.

2.1 Europäische Regionalförderung zwischen Identitäts- und Strukturpolitik

Der Redefinition der regionalen Ebene als ein Fixpunkt europäischer Identitätspolitik liegen diverse Argumentationsstränge zugrunde: Entgegen verbreiteter Annahmen einer ausfransenden Staatlichkeit bilden die Nationalstaaten offensichtlich weiterhin nicht nur völkerrechtlich, sondern auch de facto die primären Konstituenten der internationalen, ergo auch der europäischen Ordnung. Zwischenstaatliche Strukturen der Handlungskoordination, gar staaten-transzendierende supranationale Institutionen, erfahren zwar hinsichtlich ihrer Zahl, Interventionsreichweite und –tiefe fortschreitende Bedeutungszugewinne, haben aber auch in Europa (bislang) keine Revision der Westfälischen Architektur territorial gefasster, souveräner Staatlichkeit bewirken können. Mehr noch: Die Ursprünge, Gelingens- und Entfaltungsbedingungen supranationaler Integration verbleiben im Wesentlichen in nationalstaatlicher Regie.

Aber auch die verwaltungskartografisch imaginierte Homogenität der Staaten ist Fiktion. Vielmehr vereinigen diese eine Pluralität von Lebenswelten auf den subnationalen Ebenen, fungieren als institutionelle Klammer für eine Vielzahl regional- und lokalspezifischer Kulturen, Daseinsbedingungen und Erfahrungshorizonte.¹⁸ Damit ist eine Heterogenität der Lebenswirklichkeiten angesprochen, für die kein *blue print* aus den Generaldirektionen der Europäischen Kommission oder aus Arbeitsgruppen der mitgliedsstaatlichen Verwaltungsbürokratien hinreichend passfähig zu sein scheint. Stattdessen soll eine grenzüberschreitende regionale lebensweltliche Klammer mit kleinräumiger Perspektive von den jeweiligen regionalen Akteuren selbst generiert und in autonomer Eigenverantwortung produktiv gemacht werden.¹⁹ Indem die europäische Regionalförderung diese Ausgangslage

18 Innerhalb dieser regionalspezifischen Kontexte, so Mayer-Tasch (2013), S. 158, erscheine der „Nationalstaat dem Bürger in wachsendem Maße als Vollstrecker einer Zivilisationsdynamik, die er als entfremdend und bedrohlich empfindet. Aus ihrem kalten Hauch flüchtet er sich in die (erhoffte) Wärme und Geborgenheit einer kleinräumig-vertrauten Ursprungs- oder Wahl-‘Heimat‘“.

19 Müller (2014), S. 16f., betont zudem die identitätsrelevante Bedeutung der unmittelbaren physischen Umgebung: „Die Rolle einer *pocket of local order* als zentraler physisch-räumlicher Ankerpunkt der Akteure bleibt damit auch heute noch bestehen.“

sachangemessen reflektiert und als zentrale Prämisse ihrer Konzeption fest schreibt, folgt sie zunehmend hegemonialen Tendenzen (post)modernen Regierens: Der Abkehr von top-down-Mechanismen hierarchischer Direktive und vereinheitlichender Planungsansätze zugunsten weicher, aktivierender Steuerungselemente (*Regional Governance*). Denn wenn autoritative Praktiken schon in den nationalstaatlichen Politikarenen Funktionalitätseinbußen erfahren, so ist dies für ein so komplexes Gebilde wie die europäische Makro-Ebene mit ihren vielgestaltigen internen Fragmentierungen erst recht zu erwarten.

Die angesprochene Heterogenität der regionalen Teilräume führt zu einer Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, da die europäischen Regionen erheblich hinsichtlich ihres sozioökonomischen Entwicklungsniveaus, ihrer Steuerungskapazitäten und Krisenreagibilitäten, ihrer Rechts- und Verwaltungskulturen, der Verfügbarkeit von Fachexpertise u. a. m. divergieren. Um die partiell extremen Unterschiede dennoch in einem integrierten Verbund mit perspektivisch gemeinsamer Identität zusammenzuführen, ist eine Nivellierung oder zumindest Milderung der Disparitäten sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungsbedingungen – bei gleichzeitiger Wahrung der soziokulturellen Eigenständigkeit – anzustreben. Europäische Regional- und Identitätspolitik gehen dabei Hand in Hand: Mithilfe aktiver Unterstützung durch fachliche Beratung und finanzielle Subventionierung seitens der EU-Förderinstitutionen soll die Ausschöpfung endogener Potentiale in den Regionen angeregt und eine Optimierung der Lebensqualität vor Ort erreicht werden. Die entsprechenden Erfolge würden dann – so eine verbreitete Annahme – auch mit der europäischen Regionalförderung assoziiert, was mittel- bis langfristig europäische Zugehörigkeitsgefühle vermittelt einer „evolution of a regional identity and the identification of this area as a part of the system of regions“²⁰ begünstige. Anders formuliert: Die europäische Integration soll im regionalen Kleinraum generiert und dann perpetuiert werden. Regionen sind dementsprechend

„gleichzeitig Subjekt und Objekt [...]. Sie sind Subjekt, da sie die Funktionsabläufe [innerhalb einer Region] beeinflussen, und sie sind Objekt, weil der [...] erzeugte Output auf eine Veränderung [der] Rahmenbedingungen abzielt“²¹.

Gemäß dieser Annahme bilden Regionen die Keimzellen einer legitimierten und funktionsfähigen europäischen Ordnung, die es zu ertüchtigen gilt. Im Rahmen zentraler Zielvorgaben sollen sie ihre Entwicklungspfade selbstbestimmt gestalten und sich innerhalb der avisierten sozioökonomisch kohäsiven europäischen Sozialfor-

20 Dörrenbächer (2006), S. 5.

21 Schramek (2014), S. 28.

mation, die durch die Überwindung allzu ausgeprägter Entwicklungsdiskrepanzen bestimmt ist, in autonomer Gestaltungshoheit positionieren. Zielverfehlungen und Streuverluste einer zu stark top-down-orientierten Förderpolitik sind explizit zu vermeiden, und die Ausbildung einer europäischen Identität als ein Nebenprodukt output-orientierter Regionalentwicklung ist zu stimulieren.

Eine weitere Argumentationslinie zielt auf die Irritationen ab, die in lokalen und regionalen Nahräumen im Zuge der EU-Binnenmarktintegration entstanden sind und ein Mixtum compositum aus europäischen Regularien und Normstandards nach sich gezogen haben. Analog zu den Legislativakten der nationalstaatlichen Ebene müssen auch europäische Normen zu einem beträchtlichen Anteil in den regionalen und kommunalen Körperschaften exekutiert werden und greifen dabei in die Gestaltungsautonomie der örtlichen Entscheidungs- und Vollzugsträger durch politikfeldspezifische Zielvorgaben ein. Diese restringieren das verfügbare Repertoire an Handlungsoptionen und können vorhandene Spielräume für kreativ-innovative Problemlösungen einschränken. Der originär kommunalwissenschaftliche Topos der „Demokratisierung von Machtlosigkeit“, der die kompetenzielle und finanzielle Auszehrung der deutschen lokalen Selbstverwaltung durch übergeordnete Ebenen thematisiert, erfährt hier eine zusätzliche, spezifisch europapolitische Konnotation. Mitwirkungs- und Mitgestaltungsoptionen steigern über gezieltes *region building*, also die aktive Förderung regionaler Selbststeuerungs- und Governance-Kapazitäten, die arbeitsmarkt-, wirtschafts- und strukturpolitischen *outcomes* und setzen Schubkräfte positiver Integration frei, um auf diesem Wege eine verlässliche Legitimationszufuhr für die europäische Politik zu erzeugen.²² Damit soll mit der europäischen Regionalförderung der durch die Mitgliedsstaaten initiierten und inzwischen weitgehend eigendynamisch funktionierenden top-down-Integration ein bottom-up-Integrationsmechanismus durch (inter-)regionale Kooperations- und Gemeinschaftsbildung zur Seite gestellt werden.²³

22 Schramek (2014), S. 33, verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Regionen hinsichtlich ihrer institutionellen Struktur „in erheblichem Maße von der Einflussnahme externer Entscheidungssysteme abhängig“ sind. In diesem Sinne auch Topaloglou (2012), S. 3ff.

23 Zum Ergänzungsverhältnis von top-down- und bottom-up-Integration vgl. Bähr u. a. (2012), S. 26f.

2.2 Regional Governance-Diskurse

Vor dem Hintergrund der ausdifferenzierten demokratie- und legitimationspolitischen Diskurse erscheint allerdings der einseitig output-zentrierte Charakter dieser Konzeption verkürzt: Insofern diese primär strukturpolitischen Zielmarken verhaftet bleibt²⁴, fokussiert sie einseitig nur auf die Output-Dimension regionaler *Governance*. Legitimationsstiftende Rückkopplungen und identitätsbildende Effekte resultieren in diesem Verständnis primär aus innovations- und wohlfahrtspolitischen Optimierungen. Der Input-Dimension politischer Legitimitäts-Produktion, also der aktiv betriebenen Einbindung der regionalen Bevölkerung über partizipative Arenen des Regierens, wird nur eine nachrangige Bedeutung beigemessen. Stattdessen wird ein Primat funktionaler Kriterien der Effizienz- und Effektivitätsoptimierung postuliert, dem – abgesehen von der auf abstrakt-normativer Leitbildebene regelmäßig vorgetragenen Forderung nach einer bürgerschaftlich-partizipativen regionalen Entwicklung – keine synchrone Öffnung zusätzlicher Kanäle zivil- und bürgergesellschaftlicher Teilhabe korrespondiert.

Zwar soll das dezentrale Steuerungs-, Kontext- und Praxiswissen, welches bei den verschiedenen sozialen Akteuren verortet ist und in komplexen Gesellschaft außerhalb des Zugriffs zentraler Planungsinstanzen liegt, situationsabhängig unter Gesichtspunkten der Problemgerechtigkeit und Sachrelevanz abgerufen werden. Doch dies wird angestrebt, ohne zugleich in einem breitenwirksamen Maße Partizipationsoptionen zu eröffnen. Damit bleibt *Regional Governance*, wo mit der Ausübung demokratischer Rechte europakonforme Werthaltungen befördert werden sollen, hinter den – nicht zuletzt auch in der regionalpolitischen Programmatik selbst gestellten – Anforderungen zurück.

Die demokratiepolitische Nachlässigkeit in der Konstruktion der europäischen Regionalförderung veranlasst angesichts bisweilen äußerst kritischer Befunde der demokratietheoretischen Diskurse wie auch der empirisch-analytischen Demokratieforschung zu einschlägigen Kommentierungen. Diese verweisen auf die Diagnose einer *Post Democracy*, die Colin Crouch als Zustandsbeschreibung westlicher demokratischer Herrschaftssysteme präsentiert hat.²⁵ Postdemokratie umschreibt den Eintritt in eine Ära politisch-institutioneller Degenerationen bei gleichzeitig wachsender Deutungshoheit und politikbestimmender Dominanz ökonomischer Rationalitäten und besitzindividualistischer Imperative. Die auf

24 Dafür spricht u. a., dass sie ihre Mittel in erster Linie aus den Regionalfonds akquiriert, welche Anschub- und Begleitfinanzierungen für Projekte zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und sozioökonomischer Kohäsion priorisieren.

25 Vgl. Crouch (2008), S. 10; vgl. Jörke (2011), S. 13.

kollektiven Interessenausgleich gerichteten demokratischen Institutionen werden damit zu Vollzugsorganen vermeintlich alternativloser neoliberal-wirtschaftsorientierter Sachzwänge umprogrammiert bzw. deformiert.

Zu den Charakteristika postdemokratischer Regime zählt eine einseitig technokratische – d.h. eine ökonomie-zentrierte – politische Entscheidungskultur, in welcher die Hegemonie neoliberaler Theoreme die demokratischen Prozesse zwar nicht formal beseitigt, wohl aber von ihrer gemeinwohlbasierten Ziellogik löst und durch Rituale eines fingierten öffentlichen Ideenstreits, simulierten Parteienwettbewerbs und inszenierter Beteiligungsofferten ersetzt. Insoweit ist ein Wechselverhältnis zwischen Postdemokratie und Neoliberalismus anzunehmen: nämlich ein Bedeutungsgewinn ökonomischer Kriterien und Bewertungsmaßstäbe in ehemals wirtschaftsfremden Politikbereichen zulasten der dort ursprünglich geltenden nicht-ökonomischen Prinzipien.²⁶ Damit ist ein Prozess angedeutet, der sich seit den 1980er Jahren in Europa mit beachtlicher Dynamik vollziehen soll.²⁷ Mit diesem Wandel der politischen Zielvorstellungen hin zu primär wirtschaftspolitischen Leitmotiven verbinden sich auch für die europäische Regionalpolitik gewisse Akzentverschiebungen. Brenner führt aus,

„that we are today witnessing the articulation of specifically neoliberal projects of regionalisation [...] that privilege economic growth over social redistribution, competition over cooperation, cost-cutting over regulatory protection, labour discipline over class compromise and efficiency over democratic accountability“²⁸.

Regionale Räume werden zwar – nach wie vor – als Generatoren europäischer Identitätsbildungsprozesse gedeutet, aber mehr und mehr vor allem als geeignete territoriale Maßstabsebenen zur Entwicklung und Umsetzung kontextsensibler

26 Vgl. Lemke/Schaal (2014): S.4. Nach ihrer Auffassung geht Neoliberalisierung einher mit „der Überzeugung, dass die Ökonomie sich in alle Lebensbereiche hineingezwängt hat“ und die „scheinbar unaufhaltsame Ausdehnung ökonomischer Maßstäbe ein tendenziell illegitimes, wenn nicht gar sozial, politisch und nicht zuletzt auch ökologisch schädliches Phänomen“ darstellt.

27 Und dies zunehmend auch mit Blick auf die transnational-europäische Ebene, wie Bieling (2015), S.64, feststellt: „Sie (die kapitalistische Entwicklungsdynamik, d. V.) vollzieht sich in wachsendem Maße als ein transnationaler, durch die europäische Integration geprägter Prozess, der sich unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten vielfach als problematisch präsentiert. (...) In diesem Sinne (wird) die These entfaltet, dass die Volkssouveränität durch den Integrationsprozess zunächst allmählich, unter Krisenbedingungen zuletzt allerdings vermehrt in Frage gestellt und beschleunigt transformiert wird.“

28 Brenner (2000), S.321; Nelles/Durand (2014), S.106.

Standort- und Wirtschaftsförderungsstrategien angesehen. „Auf regionale Wirtschaftsförderung konzentriert, liegt die Regionalpolitik (...) thematisch im Zentrum einer um ökonomische Ziele kreisenden europäischen Politik.“²⁹ Als intermediäres Scharnier zwischen lokalen Mikro-Räumen und europäischer Makro-Ebene erscheinen Regionen strukturell prädestiniert zu sein, im Rahmen einer globalisierten, territorial entgrenzten und transnational verflochtenen Wettbewerbsökonomie die notwendige Konkurrenzfähigkeit herstellen zu können:

„In the realm of ever greater competition, cooperation at localized territorial scales and among territorial units appears to be the main driving force for enhancing the competitive advantage of firms and territories by contributing to innovations which are of key importance for achieving sustainable growth and creating jobs.“³⁰

Denn auch unter den Bedingungen von mannigfachen Wahlmöglichkeiten für Unternehmensstandorte und der potentiell globalen Reichweite dekonzentrierter Wertschöpfungsketten ist die Rückbindung an räumlich fixierte industrie-, dienstleistungs- und wissensökonomische Knotenpunkte mitnichten obsolet. Auch grenzüberschreitende Produktionszusammenhänge sind auf eine Verankerung in Innovationsmilieus³¹ angewiesen, die sich durch eine Kombination von Wirtschaftsaktivitäten begünstigenden infrastrukturellen, logistischen, institutionellen, humankapitalbezogenen und sozialkulturellen Rahmenbedingungen auszeichnen. Als konzeptionelle Referenzmuster dienen Cluster-Ökonomien³² als regionale Verbünde von Unternehmen und ihren Zulieferern, unternehmensbezogenen Dienstleistern, Bildungseinrichtungen sowie Wissenschafts- und Forschungsinstituten.³³ Auf der Grundlage von Potentialanalysen erfolgt die systematische Spezialisierung auf bestimmte Wirtschaftssektoren hin und die Herausbildung eines regionalspezifischen Kompetenzprofils, das überregional konkurrenz- und vermarktungsfähig sein sollte, gleichzeitig aber territorial eingebettet und an die

29 Von Wedel (2010), S. 389.

30 Topaloglou u. a. (2012), S. 2.

31 Vgl. Klaerding u. a. (2009), S. 295. Die Autoren halten fest, dass „Innovationen (...) immer seltener als firmeninterne Prozesse begriffen (werden), sondern sich in dem sie umgebenden öffentlichen Raum ab(spielen). Der Stellenwert zwischenbetrieblicher Wissensflüsse innerhalb einer Region sowie öffentlicher Forschungs- und Technologietransferstellen, die die innovationsbezogenen Kapazitäten regulieren, wächst. (...) Innovationssysteme basieren auf netzwerkartigen Wissenskooperationen und zielen auf die Interaktionen einzelner Systemelemente oder Akteure, die Erzeugung und Diffusion von Innovationen betreffend“.

32 Vgl. Klaerding u. a. (2009), S. 295ff.

33 Vgl. Kohlisch (2008), S. 13.

Die Großregion SaarLorLux

Anspruch, Wirklichkeiten, Perspektiven

Lorig, W.H.; Regolot, S.; Henn, S. (Hrsg.)

2016, X, 234 S. 20 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-10588-4